

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Burgunde Grosse (SPD)

vom 16. Februar 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Februar 2015) und **Antwort**

Programm „Schwitzen statt Sitzen“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Es wird davon ausgegangen, dass mit „Schwitzen statt Sitzen“ die in Berlin aufgrund der Ersatzfreiheitsstrafen-Tilgungsverordnung unter der Bezeichnung „Arbeit statt Strafe“ durchgeführten Maßnahmen der Staatsanwaltschaft, der Sozialen Dienste der Justiz sowie der beteiligten freien Träger gemeint sind.

1. Wie viele Personen wurden in den Jahren 2012, 2013 und 2014 zu einer Ersatzfreiheitsstrafe verurteilt und wie viele haben deren Vollstreckung durch freie Arbeit abgewendet?

Zu 1.: Die Verurteilung zu einer Ersatzfreiheitsstrafe ist rechtlich nicht möglich. Vielmehr tritt die Ersatzfreiheitsstrafe immer nur an die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe (§ 43 des Strafgesetzbuches). Ist eine Geldstrafe uneinbringlich, kann die Geldstrafenschuldnerin oder der Geldstrafenschuldner bereits vor der Anordnung der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe einen Antrag auf Tilgung der Geldstrafe durch freie Arbeit stellen. Auch nach Anordnung der Vollstreckung oder sogar wenn der Vollzug bereits begonnen hat, kann die (weitere) Vollstreckung durch Gestattung der freien Arbeit noch abgewendet werden.

In folgendem Umfang wurde eine bereits angeordnete Ersatzfreiheitsstrafe in freie Arbeit umgewandelt:

- 2012: 2.025
- 2013: 2.816
- 2014: 2.965

Insgesamt wurden in den Jahren 2012 bis 2014 durch die Staatsanwaltschaft Berlin in folgendem Umfang Aufträge zur Vermittlung in freie Arbeit an die Sozialen Dienste der Justiz sowie an freie Träger erteilt:

- 2012: 4.867 Aufträge
- 2013: 4.702 Aufträge
- 2014: 4.573 Aufträge

Ein Auftrag entspricht dabei einer zu einer Geldstrafe verurteilten Person, die einen Antrag auf freie Arbeit gestellt hat, welcher genehmigt wurde.

Im Falle geringer Geldstrafen von bis zu 20 Tagessätzen wird die Vermittlung in freie Arbeit auch von der Staatsanwaltschaft selbst vorgenommen. Diese Vermittlungen fließen in obige Aufstellung mangels statistischer Erfassung nicht ein, dürften jedoch ohnehin marginal sein. Das gilt ebenso für die zu 2. bis 4. mitgeteilten Zahlen, bei denen die staatsanwaltschaftlichen Vermittlungen ebenfalls nicht berücksichtigt werden können.

2. Wie viele Hafttage wurden durch die Teilnahme an diesem Programm vermieden und welche Kostenersparnis für den Landeshaushalt war damit verbunden?

Zu 2.: Die ersparten Hafttage ergeben sich aus den in den Jahren jeweils durch freie Arbeit getilgten Tagessätzen:

- 2012:

135.318 Hafttage; entspricht bei einem Tageshaftkostensatz von 111,48 Euro

(Stand: 2012, ohne Baukosten) einer rechnerischen Einsparung von 15.085.251,00 Euro.

- 2013:

130.294 Hafttage; entspricht bei einem Tageshaftkostensatz von 116,00 Euro

(Stand: 2013, ohne Baukosten) einer rechnerischen Einsparung von 15.114.104,00 Euro.

- 2014:

119.580 Hafttage; entspricht bei einem Tageshaftkostensatz von 116,00 Euro (Stand: 2013, ohne Baukosten, da 2014 noch nicht bekannt) einer rechnerischen Einsparung von 13.871.280,00 Euro.

Es ist darauf hinzuweisen, dass ein Rückgang der Zahlen nicht zwangsläufig eine höhere Zahl an Inhaftierten bedeutet. In den letzten Jahren ist vielmehr festzustellen,

dass eine größere Bereitschaft zur (vorrangigen) Ratenzahlung besteht. Auch im Rahmen der „Arbeit-statt-Strafe“-Programme konnten zu einem nicht unerheblichen Teil Ratenzahlungsvereinbarungen bei Geldstrafen erreicht und hierdurch Inhaftierungen und Hafttage vermieden werden. Die durch Vermittlung der Staatsanwaltschaft ersparten Hafttage fließen in die o. g. Berechnung wiederum nicht ein.

3. Wie viele Tagessätze müssen die Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer durchschnittlich abarbeiten?

Zu 3.: Die Verurteilten müssen durchschnittlich etwa 60 Tagessätze abarbeiten.

4. Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer brechen die Maßnahme ab?

Zu 4.:

- 2012: 1.428
- 2013: 1.412
- 2014: 1.288

Anzumerken ist, dass in den oben genannten Zahlen auch Fälle enthalten sind, in denen die freie Arbeit gar nicht erst aufgenommen wurde oder ein Kontakt zum Verurteilten nicht hergestellt werden konnte. Ebenso kann es Fälle geben, in denen die freie Arbeit abgebrochen worden ist, es später aber dennoch zur Tilgung der offenen Restgeldstrafe durch Zahlung der/des Verurteilten gekommen ist.

5. Welche Arten von Tätigkeiten werden dabei ausgeübt?

Zu 5.: Die Ersatzfreiheitsstrafen-Abwendungsverordnung definiert freie Arbeit als „jede gemeinnützige oder im öffentlichen Interesse liegende, allgemein zusätzliche unentgeltliche Beschäftigung“. Die Sozialen Dienste der Justiz führen eine Liste der Beschäftigungsstellen, wobei aktuell mit 611 Stellen Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen sind. Darüber hinaus werden auf der Liste etwa 800 gemeinnützige Einrichtungen geführt, die sporadisch Einsatzplätze anbieten können.

Die Beschäftigungsstellen bieten überwiegend Tätigkeiten an, die von jeder/jedem Verurteilten, die/der über eine durchschnittliche körperliche Belastbarkeit verfügt, verrichtet werden können. Dies sind beispielsweise:

- hausmeisterliche und handwerkliche Hilfsarbeiten,
- Grünpflege,
- Reinigungstätigkeiten,
- Küchendienste,
- Betreuungstätigkeiten.

Die Beschäftigung kann dabei in einer Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen (Schulen, Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen, Krankenhäuser, Sportvereine, kulturelle Einrichtungen etc.) erfolgen.

6. Welche Bezirke haben das Programm als Auftraggeber für welche Arten von Tätigkeiten unterstützt?

Zu 6.: Sämtliche Bezirksämter sind mit nachgeordneten Teileinrichtungen auf der Liste der Beschäftigungsstellen vertreten. In der Regel handelt es sich um Schulen in bezirklicher Trägerschaft und kulturelle Einrichtungen. Das Tätigkeitsspektrum entspricht dem unter 5. aufgeführten Katalog. Die Vermittlung der verurteilten Personen wird dabei entsprechend den Erfordernissen der Einrichtung vorgenommen. So erfolgt beispielsweise keine Vermittlung an Schulen bei Gewalt- und Drogendelikten.

7. Wie viele dieser Bezirke haben das Programm für Sanierungs- bzw. Renovierungsarbeiten in Schulen genutzt?

Zu 7.: Es bestehen Kooperationsvereinbarungen mit einer Vielzahl von Schulen im gesamten Berliner Stadtgebiet, hierbei sind sämtliche Bezirke vertreten. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein nicht unerheblicher Teil von Arbeitsstunden über hausmeisterliche Hilfstätigkeiten auch in Renovierungsarbeiten investiert werden konnte.

Seitens des freien Trägers sbh e.V. (Straffälligen- und Bewährungshilfe e. V.) werden zudem verurteilte Personen an den eigenen gemeinnützigen Beschäftigungsgeber (gbg) vermittelt. Der Beschäftigungsgeber kooperiert in Charlottenburg-Wilmersdorf eng mit dem Bezirksamt, so dass in diesem Bezirk eine kontinuierliche Arbeit im Bereich der Schulraumverbesserung stattfindet. Auch mit anderen Bezirksämtern finden Gespräche seitens der sbh statt, um eine Zusammenarbeit im Bereich der Schulrenovierung zu etablieren.

Berlin, den 2. März 2015

In Vertretung

Straßmeir
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Mrz. 2015)